Konsequent gegen Nazis

Die NPD/JN hat regional erschreckenden Zulauf. Die "Spitzenkandidaten" der NPD-Wahlliste sind Kader einer verbotenen Nazi-Kameradschaft. Ralf Ollert sitzt für die NPD-Tarnliste "Bürgerinitiative Ausländerstopp" im Stadtrat. Mindestens einmal im Jahr findet in Nürnberg und Umgebung ein größerer, bisweilen bundesweiter Nazi-Aufmarsch statt.

Auf juristische Mittel zum Verbot dieser Aufmärsche wird zumeist verzichtet. Zu Gegenaktivitäten von städtischer Seite kommt es i.d.R. erst, wenn Druck von antifaschistischen Basisinitiativen aufgebaut wird.

Übergriffe auf MigrantInnen, Obdachlose und Linke gehören ebenso zu den rechten Machenschaften wie die sog. Anti-Antifa-Arbeit, also die Veröffentlichung politischer GegnerInnen in rechten Publikationen und im Internet. Statt dagegen vorzugehen werden AntifaschistInnen in ihrer Arbeit von staatlichen Organen behindert und kriminalisiert.

Um eine starke antifaschistische Gegenkultur zu fördern, fordern wir:

- Keinerlei Duldung rechtsextremer Aufmärsche und Propaganda
- die Ausschöpfung aller juristischen und politischen Möglichkeiten bis hin zur Verhinderung durch zivilen Ungehorsam
- das Verbot aller faschistischen Parteien, Organisationen und Vereine
- Aufklärung der Verstrickung zwischen NPD, Verfassungsschutz und rechtsterroristischen Strukturen (z.B. Anti-Antifa)
- Keine Kriminalisierung von AntifaschistInnen und antifaschistischem Widerstand
- Finanzielle Mittel und Bereitstellung von Räumen für antifaschistische Basisinitiativen, Kulturund Bildungsarbeit

Eine solidarische Stadt ist möglich

Wir wollen in unserer Stadt ein solidarisches Miteinander und mehr soziale Sicherheit für alle BewohnerInnen. Eine Politik zugunsten von Unternehmen und KapitalbesitzerInnen lehnen wir ab. Die Folge dieser Politik ist: Breite Teile der Bevölkerung werden von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Die Kommunalpolitik muss dazu beitragen, die Situation benachteiligter Bevölkerungsgruppen grundlegend zu ändern, um die Spaltung der Stadt in Armutsghettos und Wohlstandsinseln rückgängig zu machen. Kommunale Daseinsvorsorge wie Versorgung mit Wasser, Energie etc. darf nicht privatisiert werden.

Gegenwehr organisieren

Der Kampf für eine bessere Welt wird nicht im Stadtrat entschieden. Wir wissen: Unsere Forderungen lassen sich nur verwirklichen, wenn es starken politischen Druck auf die Kommune gibt. Das Sozialforum Nürnberg gibt Menschen die Möglichkeit, eine gemeinsame Praxis des Protests und Widerstands zu entwickeln. Dort treffen sich seit Sommer 2004 Einzelpersonen, Gruppen und verschiedene Organisationen, die sich gegen die kapitalistische Globalisierung zur Wehr setzen.

Unsere Forderungen decken noch lange nicht alle Bereiche ab. Um diesen weiter zu entwikkeln werden wir im Februar 2008 einen "Kommunalpolitischen Ratschlag" organisieren. Zu diesem laden wir schon jetzt alle in der Stadt aktiven Menschen ein.

Das Sozialforum Nürnberg trifft sich jeden zweiten Montag eines Monats um 19.30 Uhr im kleinen Saal des Nachbarschaftshauses Gostenhof.

Kontakt:

Elisabeth Ramthun, Stadtteilzentrum Desi, Brückenstr. 23, 90419 Nürnberg, Telefon: 09 11/33 69 43 Konto 973983805 – Postbank München – BLZ 700 100 80

Sozialforum Nürnberg

Für ein anderes Nürnberg

Nürnberg als soziale Stadt

Forderungen an die Stadt

Eine andere Welt ist möglich und nötig